

FREYA KLIER

Unter

MYSTERIÖSEN UMSTÄNDEN

Die politischen Morde
der Staatssicherheit



HERDER

Freya Klier

Unter mysteriösen Umständen

Die politischen Morde der Staatssicherheit

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2021
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Verlag Herder
Umschlagmotiv: ©Matthias Lüdecke / akg-images

E-Book-Konvertierung: ZeroSoft, Timisoara

ISBN E-Book (ePub) 978-3-451-82342-8
ISBN E-Book (PDF) 978-3-451-82588-0
ISBN Print 978-3-451-03306-3

Inhalt

Vorwort

Die Fünfzigerjahre

Jugendlicher Widerstand

Kidnapping

Hochschulen

Die Sechzigerjahre

Bauer Schwerdt aus Thüringen

Michael Gartenschläger und die innerdeutsche Grenze

Benno Ohnesorg oder der lange Arm der Stasi

Leipzig 1968: Aktion gegen die Kirchensprengung

Der Tod meines Bruders

Die Siebzigerjahre

Bettina und Claudia Wegner, Klaus Schlesinger und der Prager Frühling

Die Staatssicherheit, ein anheimelndes Ministerium

Mord – Eine Arbeitsmethode des MfS

Psychofolter – Frieder Weiße

Menschen verschwinden in Bautzen II

Mordversuch auf der Sprungschanze

Lilo und Jürgen Fuchs

Die Achtzigerjahre

„Autounfälle passieren überall“

Unter mysteriösen Umständen

„Sie sind eine nagende Ratte am Fundament des Sozialismus!“

Der Freischwimmer – Hans-Karl von Schnitzler

Sinus 1 & Sinus 2

Der zweite Mordversuch an einem Spiegel-Korrespondenten

Die Giftakte Toxdat

Noch lange wird die DDR in unseren Hirnen und Körpern nisten

Eine neue Strategie?

Die Spitze des Eisbergs

Worüber ein Mann nicht gerne spricht

Quellen / Verwendete Literatur (Auswahl)

Abbildungsnachweis

Vita

Vorwort

Sehr lange schon habe ich die Namen der Dissidenten, Pfarrer, Schriftsteller der DDR zusammengetragen, bei denen ich keinen natürlichen Tod vermutete. Es sind jetzt etwa siebzig Menschen. Andere sind schwer krank oder siechen auf irgendeine Art dahin – ihnen allen möchte ich dieses Buch widmen, ihren Freunden und Verwandten.

Einige nehme ich genauer unter die Lupe – ihre Arbeit, ihre Bedeutung für die Unterdrückten in der DDR, das Seltsame ihres plötzlichen Todes.

Dabei behaupte ich nicht, was ich juristisch ohnehin nicht beweisen könnte. Ich schlage dem Leser lediglich vor, auch diese Variante und deren Logik zu durchdenken. Denn wieso zweifelt beispielsweise kaum einer an den Gifftoden des Schriftstellers Umberto Eco in ferner Vergangenheit, nimmt aber das verzweigte Wirken der Staatssicherheit der DDR im 20. Jahrhundert noch immer nicht ernst? „Du kannst das juristisch nicht beweisen!“, lautet noch immer die Devise der DDR-Freunde.

Dieses ist nicht meine Absicht, es träfe auch gar nicht zu.

91 000 hauptamtliche Mitarbeiter waren bei der Staatssicherheit der DDR beschäftigt – hochbezahlt und meistens auch hocheffizient. Sie haben nicht allein vor sich hingewerkelt, sondern in verschieden zusammengestellten Gruppen gearbeitet, je nach Bedarf. Im Vorfeld ihrer Aktionen haben sie die Inoffiziellen Mitarbeiter zum Einsatz gebracht, die IM. Und nur über deren Handeln und Wirken können wir in unseren Akten lesen.

Sie alle sind für mich schuldig an dem, was der DDR-Geheimdienst in rund vierzig Jahren und darüber hinaus Menschen angetan hat – physische und psychische Erkrankungen, den sofortigen oder schleichenden Tod, auch den späteren und damit schwerer zu verifizierenden Tod.

Ein präpariertes Fahrzeug

Der Grund meines langen Interesses an den Mordfällen des MfS war, dass wir unseren – Stephan Krawczyks und meinen – offenbar geplanten Unfall am 8. November 1987 auf dem Weg in die rappellvolle evangelische Kirche von Stendal, in der wir einen Auftritt hatten, dank Stephans Geistesgegenwart überlebt hatten. Was war passiert? Mutwillig hatte ihm die Polizei Monate vorher die Fahrerlaubnis entzogen. Wir deuteten das als eine ihrer üblichen Gemeinheiten. Der tödliche Hintergrund wurde uns erst viel später bewusst. Ich war also unser einziger noch zugelassener Fahrer. Stephan erwischt sie dabei, wie er sich ans Steuer setzte, um von meinem Haus zu seinem zu gelangen, das nur ein paar hundert Meter um die Ecke lag. Er bekam eine saftige Ordnungsstrafe, wir wurden nun schärfer beobachtet, wenn wir zu einem Auftritt fuhren. Tankstellen mussten melden, wenn ein Lada mit dem Berliner Kennzeichen IBY 7-12 zum Tanken vorfährt – ein hilfreicher Tankwart in der Nähe von Leipzig hat uns das einmal zugeraunt.

Ich habe Tagebuch über die 1980er Jahre geschrieben. Doch kaum hatte ich an einen Mordversuch uns gegenüber gedacht – in einer Diktatur hat man kein Wissen, nur selten Informationsmöglichkeit. Rückblickend auf diesen verhängnisvollen 8. November 1987 schrieb ich:

„Die Stasi verfolgt uns bis weit hinter Nauen, bleibt dann zurück. Ich fahre ruhig, ohne Probleme. Plötzlich, in einer leichten Linkskurve, lässt sich das Auto nicht mehr lenken, hält geradeaus auf einen Brückenpfeiler zu. Schreiend und völlig gelähmt klammere ich mich am Lenkrad fest, Stephan reißt es noch kurz vorm Aufprall nach links rüber, das Auto schleudert auf der leeren Landstraße, irgendwann kommt es zum Stehen ...“

Selbst da hielt ich eine direkte Mordabsicht für kaum denkbar. Das hat sich nach dem Fall der Mauer und den Vorgängen geändert, die nach und nach ans Licht kamen.

Ich kann seit diesem Tag im November 1987 nicht mehr Auto fahren und auch als Radfahrer nicht am Verkehr teilnehmen. Mein Blutdruck befindet sich meist jenseits der 200-Grenze. Dass ich noch lebe, ist für mich ein Wunder, aber: Ich habe eine Aufgabe.

Stephan Krawczyk verspürte im November 1987 und auch danach keinerlei Beeinträchtigung. Durch den minutiösen Austausch, wer wo und wann gegessen hatte, kamen wir zu dem Schluss, dass die Fahrertür kontaminiert war: Uns beobachtete auf der Rückfahrt mehrfach Polizei. Stephan hatten sie längst die Fahrerlaubnis entzogen. Ich aber war nicht mehr fahrtüchtig, also wechselten wir mitunter heimlich die Plätze: Stephan stieg im dunklen Auto vom Beifahrersitz auf den Fahrersitz um – ich aber schlich vorn um das Auto herum auf den Beifahrersitz. Das Einzige, was Stephan nie anfasste, ich aber mehrfach, war die Fahrertür von außen.

Schnitt. Im Oktober 2019 erhielt mein geschiedener Mann und enger Freund Stephan Krawczyk plötzlich den Anruf eines Mannes, der sich als „Ihr Eingangsvernehmer in Hohenschönhausen“ vorstellte: Er sei 85, habe einen schweren Krebs und nicht mehr lange zu leben. Und er wolle sich bei uns entschuldigen für das, was uns die Staatssicherheit angetan habe. Bei uns und auch bei Wolfgang Templin und Ralf Hirsch. Er möchte auf der Straße wieder begrüßt werden, insofern er da noch hinkomme. Stephan erzählte mir das aufgeregt am Telefon – ich kam gerade aus einem Gymnasium bei Stuttgart.

Ungefähr sieben Gespräche haben wir mit dem Mann geführt – er stellte sich tatsächlich als unser Vernehmer heraus. Er wusste Sachen von meiner Vernehmung, die nur er wissen konnte.

Er rief mich auch zweimal persönlich an. Ich lobte ihn aufrichtig für seine Entschuldigung, fragte ihn aber in geschicktem Plausch nach Toten, die unter mysteriösen Umständen starben und die hier im Buch vorkommen sollen – denn er bejahte das Nachhelfen der Staatssicherheiten in etlichen Fällen.

Beim dritten, schon etwas vertrauteren Telefonat stellte Stephan die Frage, ob das Auto am 8. November 1987 auf unserer Fahrt nach Stendal manipuliert war – eine solche Auskunft würde helfen, denn „Freya leidet noch immer unter den Folgen dieser Autofahrt“. Natürlich stellte sich der 85-jährige ehemalige MfS-Vernehmer naiv, sagte aber zu, seinen ehemaligen Vorgesetzten darüber zu befragen. Beim nächsten Anruf „von Thüringer zu Thüringer“ gab er preis, was er längst wusste: „Es stimmt, das Auto war manipuliert.“ Stephan hatte sein iPhone eingeschaltet.

Der Krebskranke meldete sich ab Dezember 2019 nicht mehr, ließ aber in mir die Entscheidung reifen, den vielen unfreiwillig zu Tode Gekommenen, von denen ich nicht wenige kannte, mit diesem Buch ein Denkmal zu setzen.

Die Fünfzigerjahre

Jugendlicher Widerstand

Wer in den Fünfzigerjahren bei der Staatssicherheit inhaftiert ist, lernt den Terror der noch jungen Geheimpolizei kennen, die ganze Palette ihrer Brutalität.

Brutal ergeht es zum Beispiel dem Eisenberger Kreis in der gleichnamigen ostthüringischen Kleinstadt. Im Sommer 1953 wird er von Oberschülern gegründet: Zum einen sind sie empört, dass Mitglieder der Jungen Gemeinde verfolgt werden. Zum anderen stehen sie unter dem Eindruck des niedergeschlagenen Aufstands am 17. Juni 1953.

Der neuerliche Wahlschwindel der SED im Oktober 1954 veranlasst die Schülergruppe schließlich, den langen Diskussionen Taten folgen zu lassen. Sie stellt ein handgeschriebenes Plakat her. Darauf steht:

„Deutscher! Was hat die bisherige bolschewistische Herrschaft gebracht? Entziehung der freien Meinungs-Äußerung, der Versammlungs- und Pressefreiheit, des Streikrechts. Immer noch kriegsmäßiges Kartensystem, HO-Wucherpreise und rücksichtslose Ausbeutung. Willst du das alles noch länger mit ansehen? Deshalb stimme mit deinen verlässlichen Arbeitskameraden gegen die sog. Nationale Front!“

Im Schutze der Dunkelheit kleben die Schüler einige Exemplare dieses Aufrufs an Hausmauern der Stadt.

Einige Wochen später klettern sie nachts in das Heimatmuseum, um aus dem Ersten Weltkrieg stammende Waffen zu entwenden. Allerdings finden sie keine brauchbaren Stücke, lediglich zwei Vorderlader aus dem frühen 19.

Jahrhundert lassen sie mitgehen. Zusätzlich gelangen sie in den Besitz einer alten Pistole aus dem Bestand eines der Väter, der als Förster tätig war. Sie wird gut versteckt und niemals verwendet. Diese Aktionen zeigen die fließende Grenze zwischen Abenteuerromantik und politischer Aktion.

Das Beispiel des Eisenberger Kreises macht Schule. Schon Jahre zuvor sammelt sich an der Leipziger Universität eine kleine Gruppe demokratisch gesinnter Studenten um Herbert Belter von der gesellschaftspolitischen Fakultät. Belter stößt sich an der geistigen Bevormundung und zunehmenden Ideologisierung im Universitätsalltag und hat bald etliche Anhänger. Die Gruppe erstellt und verteilt 1950 auf dem Gelände der Universität Flugblätter, die sich gegen die bevorstehenden ersten Wahlen zur Volkskammer der DDR am 15. Oktober 1950 richten. Diese aber sollen nicht, wie in der Verfassung von 1949 vorgeschrieben, „nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts“ stattfinden, sondern als sogenannte Blockwahl mit einer Einheitsliste und zuvor festgelegter Sitzverteilung. Gegen diesen offensichtlichen Verfassungsbruch protestieren die Leipziger Studenten mit Flugblättern und systemkritischen Publikationen. Auch Flugblätter des RIAS werden verteilt und Informationen über die politischen Repressionen im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands wiederum an den RIAS geliefert. In den ersten Oktobertagen 1950 werden Herbert Belter und neun seiner Mitstreiter von der deutschen Volkspolizei verhaftet und dem sowjetischen Geheimdienst überstellt. Der Belter-Gruppe aus Leipzig wird im Januar 1951 der Prozess gemacht: Belter selbst wird zum Tod durch Erschießen verurteilt. Ihm soll vor allem zum Verhängnis geworden sein, dass er im Sommer 1950 den Journalisten Gerhard Löwenthal in West-Berlin besucht hat – einen der studentischen Mitgründer der Freien Universität Berlin. Löwenthal ist zugleich Redakteur der RIAS-Sendereihe „Studenten haben das Wort“.

Im April 1951 wird das Urteil in Moskau vollstreckt. Die meisten anderen der Gruppe erhalten 25 Jahre Straflager.

Überall in der DDR regt sich jugendlicher Widerstand. So versucht eine Gruppe von Schülern der Karl-Marx-Oberschule im thüringischen Altenburg, in die Lügen des Rundfunks einzugreifen. Denn die kommunistischen Führer fordern nicht nur Gehorsam, sondern auch Jubelbekundungen der Massen und demonstrative Begeisterung für sich und ihre Maßnahmen: So feiert am 21. Dezember 1949 die „ganze fortschrittliche Menschheit“ den 70. Geburtstag von Josef Wissarionowitsch Stalin, dem „Generalissimus“, dem „größten Genius unserer Epoche“, dem „Vater aller Werktätigen“. Auch alle Werktätigen der DDR, alle Schüler und Studenten jubeln mit. Die Huldigungsrede des DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck in der Berliner Lindenoper wird auf allen Sendern des DDR-Rundfunks ausgestrahlt. Das will die Schülergruppe aus Altenburg nicht hinnehmen: Sie versucht mit einem selbstgebastelten Sender, der über ein paar Kilometer Reichweite verfügt, von einem Dachboden aus die Übertragung des Festaktes zu stören.

Die Sicherheitsorgane fahnden nach den Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe. Einige können in den Westen fliehen, die anderen werden im März 1950 gefasst und den sowjetischen Sicherheitsorganen ausgeliefert. Die Altenburger Widerstandsgruppe um den Neulehrer Wolfgang Ostermann hatte nicht nur die Rundfunkübertragung der Festveranstaltung zu Stalins 70. Geburtstag gestört, sondern auch Klebezettel mit einem aufgemalten „F“, dem Anfangsbuchstaben von „Freiheit“ verteilt. Sie hatte RIAS gehört und Kontakte zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ in West-Berlin aufgenommen.

Neunzehn Mitglieder der Altenburger Gruppe werden im Mai 1950 vom Sowjetischen Militärtribunal in Weimar verurteilt. Zwei Neulehrer, Wolfgang Ostermann und Siegfried Flack, sowie der Schüler Hans-Joachim Näther werden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Dem Schüler Ludwig Hayne gelingt zunächst die Flucht nach West-Berlin. Er wird jedoch vom Staatssicherheitsdienst dort gekidnappt, in das Gefängnis der Volkspolizei am

Alexanderplatz verbracht und von dort an den sowjetischen Geheimdienst ausgeliefert. Dort wird auch der Schüler zum Tod durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wird im April 1951 in Moskau vollstreckt, da ist der Näher neunzehn Jahre alt.

Etliche mutige Studenten, die nicht auf der kommunistischen Linie liegen, aber das Vertrauen ihrer Kommilitonen genießen, werden in Moskau erschossen. So der liberale Leipziger Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek und der Jura-Student Arno Esch, der aus dem Memelland stammt. Letzterer studiert an der Rostocker Universität Jura und Politik, wirkt asketisch und ist doch rhetorisch hochbegabt. Bald ist er sehr einflussreich in der Studentenschaft und rückt in den Zentralvorstand der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) auf. Im Nebenamt arbeitet er als Redakteur der parteieigenen *Norddeutschen Zeitung*.

Den angehenden Juristen bewegt die künftige staatsrechtliche Struktur Deutschlands. Wohl wissend, dass in den Länderverfassungen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) von Gewaltenteilung keine Rede sein kann, hat Arno Esch die Absicht, über Fragen der Verfassungsgerichtsbarkeit zu promovieren. Hinter verschlossenen Türen erläutert er politischen Freunden sein Konzept einer „Radikal-Sozialen Freiheitspartei“, die dann zur Wirkung kommen soll, wenn nach dem Abzug der Roten Armee auf dem Gebiet der SBZ eine freie Parteienbildung möglich sein wird. So die Pläne des Studenten Arno Esch.

Die SED-Landesjustizabteilung Mecklenburgs sieht in dem unerschrockenen und klugen cand. jur. Arno Esch „als Wissenschaftler und ebenso als Richter“ jedoch eine Gefahr. Kurz nach Gründung der DDR wird Esch mit einem Dutzend weiterer Liberaldemokraten von Angehörigen der „K5“, der politischen Abteilung der Kriminalpolizei in der SBZ, verhaftet und den sowjetischen Sicherheitsorganen übergeben. Fast alle werden in Moskau erschossen, auch Arno Esch. Die übrigen begnadigen die Sowjets zu 25 Jahren Lagerhaft.

*

Nichts von der Brutalität in der Erwachsenenwelt bekommen wir kleineren Kinder mit. Seit Februar 1953 sind mein um ein Jahr älterer Bruder und ich in einem Kinderheim untergebracht, von dem wir nicht wissen, dass es unmittelbar an die Dresdner Staatssicherheit angeschlossen ist. Für ein ganzes Jahr. Vermutlich wollen die Genossen bei der jüngsten Generation ausprobieren, wie früh man mit Gehirnwäsche beginnen kann. Damit das bei uns klappt, gibt es im Erdgeschoss das Stalin-Gedächtnis-Zimmer, das eigentlich ein sehr großer Raum ist. An einer Wand hängt das Bild von Stalin, der gütig lächelt. Um ihn herum Kunstblumengestecke und Fahnen.

Nach dem Frühstück und vor dem Abendbrot marschiert jede der drei Gruppen ins Gedächtniszimmer, um „Väterchen Stalin“, wie er heißt, unsere Selbstverpflichtungen vorzutragen, mit denen wir wiedergutmachen wollen, dass unsere Eltern für das Böse sind, also gegen Frieden und Sozialismus. Die Erzieherinnen, denen öfter die Hand ausrutscht, schreiben unsere Selbstverpflichtungen auf kleine Zettel, die sie mit Wäscheklammern auf Leinen in Stalins Nähe befestigen.

Die Geschichte dazu erfahre ich von meinen Eltern, als ich eine Jugendliche bin und sie sicher sein können, dass ich sie nicht in der Schule erzähle: Im Februar 1953, an einem Samstag, wollen sie zum Tanzen fahren. Sie gehen zur Straßenbahn und drängen sich, da die Bahn voll ist, aufs Trittbrett. Die Bahn fährt los, ein weiterer Mann kommt und wirft, um selbst einen Platz zu bekommen, meine Mutter runter. Sie fällt auf die Straße. Mein Vater, wütend, drückt dem Anderen die Faust ins Gesicht.

So weit, so schlecht. Doch die Geschichte nimmt eine politische Wendung: Da es sich bei dem „anderen“ um einen Polizisten handelt, hat mein Vater die Staatsmacht angegriffen – dafür kommt er für ein Jahr ins Gefängnis, das heißt, in den Uranbergbau Nähe Zwickau. Meine Mutter wird in ihrem Betrieb ins Zwei-Schicht-System versetzt, an ein Fließband. Wir Kinder aber –

obschon noch Vorschulkinder – kommen für dieses eine Jahr in ein Heim, das besonders trostlos ist, weil mein vierjähriger Bruder in einer anderen Gruppe ist als ich.

Jedes Kind muss pro Woche zwei bis drei Mal im Treppenhaus stehen, das Gesicht zur Wand: Es gilt, nachzudenken, was man zu Ehren von Väterchen Stalin tun will, um wiedergutzumachen, dass die Eltern Feinde von Frieden und Sozialismus sind.

Wer denkt, daran glaube doch kein Mensch, der irrt: In diesem Alter glaubt man fast alles, was von staatlicher Seite auf einen herniederkommt ... Und unser Kinderheld ist nun einmal „Väterchen Stalin“, dafür werden wir gelobt.

*

Wer „fortschrittlich“ ist und wer „reaktionär“, gar ein „Faschist“, bestimmt seit 1949 ausschließlich die SED. So soll auch Martin Karsten von der Schweriner Goethe-Schule entfernt werden. Er ist Lehrer für Geschichte, Deutsch und Erdkunde. Karsten, ein aufrichtiger und bescheidener Pädagoge, besitzt die Fähigkeit, seinen Schülern nicht nur solide Fachkenntnisse zu vermitteln, sondern sie auch zu einer freien und selbstbestimmten Geisteshaltung zu erziehen. Diese Art der Pädagogik verträgt sich immer weniger mit den scharfen ideologischen Vorgaben der SED und des Volksbildungsministeriums. Er ist freilich kein grundsätzlicher Gegner der DDR, sondern sieht sich selbst als einen christlichen Menschen mit sozialistischer Grundhaltung. Er gehört zu den Mitbegründern der CDU in Schwerin und in Mecklenburg-Vorpommern. Bald ist er CDU-Kreisvorsitzender in Schwerin-Land und stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft in Mecklenburg.

Das große öffentliche Ansehen des Lehrers verhindert zunächst seine Entlassung. Um ihn mürbe zu machen, inszeniert die SED eine Pressekampagne, in der aus dem in der NS-Zeit wegen seines Pazifismus

strafversetzten Lehrer ein „Faschist“ wird, der „Hasspropaganda“ und „Kriegshetze“ betreibe und deshalb „nicht mehr länger Erzieher der jungen Generation sein darf“. Mitwirkende an der Kampagne sind neben der SED-eigenen *Landeszeitung* und dem Landessender Schwerin auch die FDJ-Gruppen zweier Oberschulen.

An der Goethe-Schule formiert sich Widerstand. Erst solidarisiert sich die Klasse Karstens mit ihrem Lehrer, dann schließen sich weitere 144 Schüler, unter ihnen auch Mitglieder der FDJ, der Petition per Unterschrift an, die an den Volksbildungsminister und die regionalen Zeitungen versandt wird. Sie erklären, dass „wir in Herrn Karsten einen vorbildlichen Pädagogen, aufrechten Demokraten und fortschrittlichen Menschen kennen und schätzen, der einen großen Anteil an unserer Erziehung zu selbständig denkenden und bewusst handelnden Menschen hat, und der sich stets mit all seinen Kräften für die Grundsätze und Ziele der neuen demokratischen Ordnung in der DDR und der Nationalen Front eingesetzt hat“.

Der Lehrer kann sich so noch drei Jahre an der Schule halten; andere aufmüpfige Kollegen werden da schneller „abgeschossen“. Doch auch für die Schüler hat der Ungehorsam Folgen. Das wachsende Unbehagen an der Entwicklung im Land führt an der Goethe-Schule (wie auch an anderen Gymnasien und Universitäten) zu Flugblattaktionen gegen den wachsenden Anpassungsdruck. Und so lernt die erste Schülergeneration der DDR nicht nur die Methoden des sowjetischen Geheimdienstes kennen, sondern auch die des sich gerade strukturierenden Ministeriums für Staatssicherheit (MfS): Mindestens neun Schüler aus den Klassen 11 und 12 der Schweriner Goethe-Schule werden verhaftet. Die Umstände der Verhaftung sind unterschiedlich. Bei einem Schüler klingelt zuhause ein Mädchen, das vorgibt, von der FDJ-Kreisleitung zu kommen und ihn unter vier Augen sprechen wolle. Sie bittet ihn deshalb, zu einem Spaziergang mit nach draußen zu kommen, um ungestört reden zu können. Auf der Straße wird der Schüler dann in ein Auto

des MfS gezerrt, also richtiggehend gekidnappt. Für seine Angehörigen gilt er über lange Zeit als spurlos verschwunden. Obwohl sich die Nachricht von den Schülerverhaftungen in Schwerin sehr schnell verbreitet, gibt die Polizei auf Nachfragen der Angehörigen keine Auskunft.

So wie jene bestraft werden, die beschreiben, was sie sehen und erleben, so wirken nun auch Denunzianteneifer und Unaufrichtigkeit fort – Eigenschaften, die auch in der neuen Diktatur als guter Ausgangspunkt für den beruflichen Aufstieg gelten, da sie von den herrschenden Funktionären als „besondere Aufrichtigkeit“ bewertet werden. Aus den neun verhafteten Schülern werden dreizehn, wobei einer von ihnen von einem Russischlehrer denunziert wird, den man kurz darauf zum Direktor einer Erweiterten Oberschule (EOS) ernennt. Dort gilt er als ungewöhnlich scharf, und bei der Umgestaltung der Schule zur „sozialistischen“ Erziehungsanstalt wird er eine dominierende Rolle spielen.

Die meisten der verhafteten Schüler werden von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren „Erziehungsarbeitslager“ verurteilt, vier von ihnen finden sich im GULAG von Workuta wieder. Derartig drakonische Maßnahmen, denen in der frühen DDR Tausende von Jugendlichen zum Opfer fallen, dienen der gezielten Abschreckung, sie sind mitverantwortlich für rasch wachsende Resignation, Flucht oder Anpassung an die herrschenden Verhältnisse.

Extrablatt

Aus dem Inhalt:

Tatsachen über Jugendmißhandlungen in den Pfeifferschen Stiftungen Seite 3

Ein Sturm des Protestes gegen das Treiben der „Jungen Gemeinde“ Seite 4

„Junge Gemeinde“-Tarnorganisation für Kriegshetze. Sabotage und Spionage im USA-Auftrag

Schändlicher Mißbrauch des christlichen Glaubens / „Junge Gemeinde“ wird von den westdeutschen und amerikanischen Imperialisten dirigiert / Enthüllungen über die Verbindungsleute der „Jungen Gemeinde“ im Westen / Ehemaliger Gestapo-Agent – als „Diakon“ getarnter USA-Spion

Die Korrespondenten der „Jungen Welt“ aus allen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik berichten über neue Tatsachen der feindseligen Umtriebe der illegalen „Jungen Gemeinde“. Diese Tatsachen, die wir uns verpflichtet fühlen der Öffentlichkeit zu unterbreiten, runden das bisher durch zahlreiche Beiträge der „Jungen Welt“ gezeichnete Bild dieser illegalen Organisation ab. Es erweist sich, daß die hochbetitelt mit christlichem Schein verbrämte „Junge Gemeinde“ direkt durch die in Westdeutschland und vorwiegend in Westberlin stationierten amerikanischen Agenten- und Spionagezentralen angeleitet wird. Der christliche Glaube vieler junger Menschen wird durch eine geschickt aufgebauete religiöse Staffage mißbraucht, um sie unter Verpögelung angeblich kirchlicher Betätigung nicht nur gegen die Deutsche Demo-

kratische Republik aufzuhetzen, sondern auch zu feindseligen Handlungen, die schweren Strafen unterliegen, aufzuwiegeln. Somit ist die „Junge Gemeinde“ nichts weiter als ein verlängerter Arm der Terrororganisationen BDJ. Ihre Leiter sind die gleichen, die in Westdeutschland im Auftrage Adenauers und seiner amerikanischen Hintermänner eine Hetzjagd gegen die für Frieden und Einheit mutig kämpfende Jugend veranstalten und solche aufrechten Jungen Patrioten wie Jupp Angenforth verhaften, verschleppen und mißhandeln. Die Hintermänner und Leiter der „Jungen Gemeinde“ wollen – wie die Tatsachen beweisen – in unserer Republik ein gleiches System des Terrors aufrichten wie in Westdeutschland, sie besorgen die schmutzige Sache Adenauers, des Todfeindes der deutschen Jugend.

Ein angeblicher Studentenpfarrer

Greifen wir zunächst etwas zurück. Denn nicht erst seit gestern und heute treibt die „Junge Gemeinde“ ihr verräterisches Spiel. Besonders an den Universitäten und Ober-

schulben haben sich einige der Draht- rer Hamel würde über solche salven- Vermutungen im Innern selbst lieblich. Er ist einer von denen, die aber – im schwarzen Talar getarnt – selbst Politikmachen.



Christenverfolgung in den 1950er Jahren

Das Schweriner Beispiel fokussiert den Kampf um politische Gleichschaltung, der die Gründungsphase der DDR durchzieht und dem nun scharf auch das Bildungswesen ausgesetzt ist. Und es erhellt zwei typische, einander bedingende Zeiterscheinungen:

1. Auf anrührende, für spätere Generationen kaum mehr nachzuvollziehende Weise ringen Lehrer und Schüler um den Erhalt von Demokratie, um pädagogische Vielfalt und Glaubwürdigkeit. Noch ist ihr Wahrnehmungs- und Urteilsvermögen nicht „pädagogisch diszipliniert“, d. h. auf den Kopf gestellt. Und so wehren sie sich (bewundernswert und doch politisch aussichtslos) vehement gegen ein Grundmuster der Demagogie, das für die nächste Generation zur

Normalität, in der übernächsten Generation aber bereits in Fleisch und Blut übergegangen sein wird: SED-Funktionäre, die als Werkzeuge eines reaktionären, menschenverachtenden Systems erlebt werden, als Avantgarde des Fortschritts zu preisen. Tapfer kritisieren sie die Realität – ein Engagement, dem man in diesem Ausmaß erst vier Jahrzehnte später wieder begegnen wird: 1989, als der Vasallenstaat DDR von der Sowjetunion fallengelassen wird.

2. Wie alle Systemkritiker nach ihnen werden auch sie für ihre Aufrichtigkeit als Kriegshetzer und Faschisten stigmatisiert und bestraft, neben Christen und Liberalen nun auch Sozialdemokraten.

Auch Pazifisten und sogar Kommunisten, so sie sich der Gleichschaltung widersetzen, gehören bald zu den Aussortierten und Verfolgten. Manche fragen sich nun entsetzt, wofür sie in den Zuchthäusern des NS-Regimes geschmort haben – so wie Robert Bialek aus Breslau.

Der junge Mann ist ein Arbeiterjunge aus sozialdemokratischer Familie, der mit achtzehn Jahren nach Mittlerer Reife und Kaufmännischer Ausbildung eine Gruppe junger kommunistischer und sozialdemokratischer Widerstandskämpfer leitet. „Der Krieg soll verhindert werden“, lautet seine Parole. Doch Hitlers Schergen fassen den jungen Mann. Die NS-Justiz verurteilt den Zwanzigjährigen zu fünf Jahren Zuchthaus mit anschließender Schutzhaft. 1942 geben die Ärzte dem schwer Lungenkranken nur noch einige Monate Lebenserwartung. Bialek taucht trotz fast „todesähnlicher körperlicher Erschlaffung“ in Breslau unter.

Je näher die Rote Armee auf die Oder zurückt, je brutaler Hitlers Gauleiter Karl Hanke die wahnwitzige Verteidigung der von Bombenflüchtlingen überfüllten schlesischen Metropole vorbereitet, desto stärker erwacht in Robert Bialek die Kraft zu Aktionen gegen das Naziregime. Inmitten der untergehenden Stadt kämpfen die Illegalen, versuchen sie, Menschenleben zu retten.

In der siegreichen Roten Armee begegnet Bialek nicht den erhofften Befreiern: Die Schwestern werden vergewaltigt, und auch im Umfeld gibt es furchtbare Szenen einer demoralisierten Soldateska. Bialek beschwert sich über die Rote Armee, doch er wird nicht etwa erschossen, sondern zum Lebensmittelbeauftragten der Stadt Breslau ernannt.

Nach wenigen Wochen werden die Deutschen vertrieben. Im Schlesiertreck geht es nach Dresden. Der „Antifaschist“ Bialek wird zum Jugendsekretär der KPD ernannt. Nur ein Jahr später – 1946 – zählt er zu den Gründern der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die hier noch für überparteilich erklärt wird – allen Mädchen und Jungen, gleich welcher politischen oder religiösen Ausrichtung, soll sie offenstehen.

Robert Bialek gehört als Landesleiter von Sachsen zu den Spitzenfunktionären der schnell wachsenden Organisation, die er fünf Jahre lang leitet. In dieser Zeit entwickelt sich die FDJ zur stalinistisch ausgerichteten Nachwuchs- und Kadenschmiede der Herrschaftspartei SED. Nach dem Besuch der Parteihochschule wird er zum Generalinspekteur der „Volkspolizei“ berufen, und damit fangen die Probleme wirklich an: Bialek scheitert an Auseinandersetzungen mit mächtigen Vorgesetzten – den Generälen Kurt Fischer und Erich Mielke. Er ist ein unabhängiger und kritischer Denker, was unter linientreuen Führungskadern nicht toleriert wird.



Robert Bialek

Sein Abstieg beginnt: SED-Kreissekretär in Großenhain, Kulturdirektor in der Lokomotiven- und Waggonfabrik Bautzen. Bialek bewährt sich nicht, zu sehr fühlt er sich den Arbeiterinteressen verpflichtet. Ein Parteiverfahren folgt und der Ausschluss aus der SED. Als Arbeitsloser ohne Einkommen und von SED-Ideologen schon als „Parteifeind“ eingeschätzt, teilt ihm ein vertrauter Polizist seine bevorstehende Verhaftung mit.

Bevor das passiert, flieht Bialek mit Frau und Tochter nach West-Berlin. Dort zieht er Bilanz und beschreibt die verbrecherischen Strukturen der stalinistischen Theorie und Herrschaftspraxis. Er tritt in die SPD ein, engagiert sich für publizistische Aufgaben beim BBC und studiert die demokratische Praxis als Gast der englischen Labour Party.

So, wie er zwanzig Jahre zuvor in Schlesien gegen die Nazi-Diktatur Widerstand geleistet hatte, so brennt nun die Flamme des Widerstands gegen den roten Totalitarismus in ihm: Bialek will als demokratischer Sozialist das DDR-Regime bekämpfen.

Erich Honecker und Erich Mielke, deren Ziele und Methoden er kannte, fassen den Beschluss, den einstigen Genossen zu vernichten. Im Februar 1956 greifen die Häscher des Ministeriums für Staatssicherheit zu: Auf einer fingierten Feier in West-Berlin mit angeblichen Freunden verabreicht man Robert Bialek einen Betäubungstrunk und entführt ihn nach Ost-Berlin. Hier stirbt er bereits nach ersten Folterverhören. Seine sterblichen Überreste sind an einem unbekanntem Ort verscharrt, die Familie erfährt offiziell nichts über sein Ende und seine letzte Ruhestätte.

Etwa sechs Wochen nach Bialeks gewaltsamen Tod wird seine Frau Inge privat angerufen, ohne dass der Anrufer seinen Namen nennt. In sachlichem Ton teilt er ihr mit, dass ihr Mann tot sei, dann legt er auf.

Der Mut von Robert Bialek spricht sich herum. Also setzt die Stasi diverse Leute ein, um Lügen über ihn zu verbreiten. Darunter ist ein Mann, dem wir Ende der Sechzigerjahre wiederbegegnen: Karl-Heinz Kurras, der den West-Berliner Studenten Benno Ohnesorg erschießt.

Kidnapping

Etliche Menschen – Abtrünnige, Gegner des SED-Regimes – lässt in den Fünfzigerjahren das Ministerium für Staatssicherheit kidnappen, die meisten aus West-Berlin. Nicht alle werden umgebracht: Die meisten verschwinden für Jahre im Gefängnis Bautzen II oder im Keller, dem sogenannten U-Boot, der MfS-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen.

Am 2. April 1955 früh um 7 Uhr beginnt die erste Vernehmung des gekidnappten jungen West-Berliners Karl Wilhelm Fricke. Der ist im Osten aufgewachsen, in der Kleinstadt Hoym in Sachsen-Anhalt. Und war davon geprägt, wie sein Vater 1952 in politischer Haft im Zuchthaus Waldheim verstarb. Karl Wilhelm verweigert danach, in die FDJ einzutreten. Nach dem Abitur ist er für kurze Zeit Junglehrer. Doch wird er 1949 aus dem Unterricht heraus verhaftet, nachdem ihn eine Russisch-Kollegin denunzierte, er habe sich parteikritisch geäußert.

Fricke konnte aus dem Gewahrsam der Volkspolizei entkommen und nach Westdeutschland fliehen. Zunächst studierte er in Wilhelmshaven, ab 1952 dann, nach dem Tod des Vaters, an der West-Berliner Hochschule für Politik Jura und Volkswirtschaft. Drei Jahre später wird er in den Osten verschleppt.

Bis zum Mauerbau 1961 lässt die Stasi rund 400 Menschen kidnappen. Einige verschwinden spurlos wie Robert Bialek, einige werden offiziell hingerichtet. Der Großteil bleibt am Leben, geht aber durch die Hölle – so wie Karl Wilhelm Fricke. Der wird nun über einen langen, schmalen Korridor in ein tristes Bürozimmer geführt. Hinter einem hellen Schreibtisch sitzt in der Uniform eines Oberleutnants der Staatssicherheit der für ihn zuständige Untersuchungsführer. Er wird seinen Fall bis zum Schlussbericht bearbeiten. Auf dem Schreibtisch nur das Telefon und eine Lampe. Davor ein quadratischer Tisch, auf dem der Verhaftete die Vernehmungsprotokolle abzeichnen kann:

„In einer Ecke des Zimmers, in dessen Stirnwand ein vergittertes Fenster für das nötige Tageslicht sorgte, hatte ich mich auf einen Holzchemel zu setzen. ‚Hände flach auf die Oberschenkel!‘ Veränderte ich meine Sitzhaltung, unbewusst, blaffte mich der Vernehmer an: ‚Setzen Sie sich anständig hin ...!‘ Anständig! Es war einer jener simplen psychologischen Tricks, mit denen die Staatssicherheit einen Gefangenen irritieren wollte.

Zwar sind mir Details aus der ersten Vernehmung nicht mehr geläufig, aber aus dem vorliegenden Protokoll geht hervor, wie der Untersuchungsführer von Anfang an planmäßig darauf hinarbeitete, was ihn für die Dauer seiner Ermittlungen wie eine fixe Idee getrieben hatte. Er wollte unter allen Umständen den Beweis erbringen, dass ich illegale Kontakte zu Personen in Ost-Berlin und der DDR unterhalten und von ihnen Informationen bezogen hätte.

So gesehen, glichen seine Vernehmungen Ermittlungen gegen die Wahrheit. In seinen Augen war ich ein abgefemter Agent des Klassenfeinds, der sich als Journalist getarnt hatte.“

Festgenommen von der Staatssicherheit wird auch die Mutter von Karl Wilhelm Fricke:

„Berlin, den 9.4.1955

Haftbefehl

Die Fricke, Edith, geboren am 11.1.1910 in Harzgerode, wohnhaft: Harzgerode, Unter-Straße 31, ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Sie wird beschuldigt, in nicht rechtsverjährter Zeit sich feindlich gegen die DDR betätigt zu haben. Sie hat in Abständen von 4–6 Wochen ihren Sohn, der sich als Agent für Westberliner Spionageagenturen betätigte, aufgesucht und wurde von ihm mit seinen Auftraggebern in Verbindung gebracht. Es besteht aus diesen und anderen Gründen der dringende Verdacht, dass sie im Auftrage ihres Sohnes als Kurier tätig war.

Wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe besteht Fluchtgefahr.

(Siegel des Stadtbezirks-
Gerichts Mitte)

(gez.) Unterschrift
(K. Krautter)
Richter“

„Für meine Mutter begann eine 313 Tage dauernde Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit, in deren Verlauf derselbe Vernehmungsoffizier, der auch meine Vernehmungen durchführte, die gleichen vorurteilsbefrachteten Ermittlungen anstellte wie in meinem eigenen Fall.

Allerdings waren sie im Fall meiner Mutter von unglaublich größerer Infamie, weil Oberleutnant Bauer – so hieß der Vernehmer – aus meiner Mutter von Anfang an meinen Kurier machen und daher unbedingt ein Geständnis aus ihr herauspressen wollte. Das erste Verhör meiner Mutter führte er am 7. April in der Zeit von 15.15 Uhr bis 20.00 Uhr durch. Unter Verwendung des gedruckten Formblattes 98 hielt er beim Vernehmungsprotokoll zunächst die Personalien meiner Mutter bis hin zu den Lebensdaten nicht nur meines Vaters, ihres Ehemannes, sondern auch ihres Vaters und ihrer Mutter fest.

In der Vernehmung zur Sache betraf die erste Frage an meine Mutter nicht sie selber, sondern mich – auch das ist aufschlussreich für die Untersuchungsführung.“

Karl Wilhelm Fricke hat in den folgenden Monaten genügend Zeit, das Gefängnis und sein inneres Regime kennenzulernen. Die Zellen befinden sich im Keller einer früheren Großküche auf dem Gelände einer stillgelegten Fleischmaschinenfabrik in der Genslerstraße in Berlin-Hohenschönhausen. Die sowjetischen Sicherheitsorgane hatten ihn in der ersten Nachkriegszeit zu ihrem zentralen Untersuchungsgefängnis für die SBZ mit 68 Zellen für ein bis vier Mann ausbauen lassen. 1951 übernimmt das MfS das Objekt mit gleicher Zweckbestimmung. Da es ein Kellergefängnis ist, haben lediglich die an Außenwände grenzenden Zellen ein etwa 60 mal 90 Zentimeter großes vergittertes Fenster mit blinden Scheiben im oberen Drittel der Zellenhinterwand. Alle anderen Zellen sind fensterlos. Die Zellen ohne Fenster, die von drei Korridoren aus erreichbar sind, werden Tag und Nacht von einer vertikal über der Zellentür eingelassenen Lampe ausgestrahlt, die

Tageslichtzellen bei Dämmerung und Dunkelheit. Das Zelleninnere ist somit Tag und Nacht ununterbrochen unter Kontrolle. „Mein Vernehmungsoffizier, ein Tschekist eigenen Humors, nannte das Gefängnis ‚Hotel zur ewigen Lampe‘“, erinnert sich Karl Wilhelm Fricke. Außer den Kellerzellen verfügt das Gefängnis über einige Einzelzellen im Erdgeschoss sowie über Arrestzellen, darunter eine Dunkelzelle, die an Wänden, Fußboden und Decke total schalldicht mit Gummi ausgepolstert ist. In den Obergeschossen befinden sich hauptsächlich die Bürozimmer der Vernehmungsoffiziere.

Die Kellerzellen, die unterschiedlich zwei bis drei Meter breit sind und ungefähr drei Meter tief sowie zweieinhalb Meter hoch, enthalten nichts außer einer hölzernen Gemeinschaftspritsche und einen eisernen Notdurftkübel. In die Wand eingebaut ist, gesichert durch ein Schutzblech, ein Zentralheizkörper.

Außen an der Zellenwand, neben der Zellentür, ist ein Holzbord angebracht, in dem für jeden Häftling Zahnputz- und Waschzeug aufbewahrt wird. Es darf morgens, nach dem Wecken, wenn eine Schüssel Waschwasser vor der Zellentür bereitgestellt wird, kurz benutzt werden. Sonstige Waschgelegenheit erhalten die Häftlinge tagsüber nicht. Alle vierzehn Tage kann unter Aufsicht eines Hauptfeldwebels geduscht und rasiert werden. Die Behandlung der Gefangenen durch das Wachpersonal ist im Rahmen der Gefängnisordnung relativ korrekt.

In Augenhöhe jeder Zellentür war ein Guckloch eingearbeitet, ein „Spion“, was für Gefängnisse nichts Ungewöhnliches bedeutete. Bei der Staatssicherheit hatte es damit eine besondere Bewandnis: Je nach Belegung der Zellen waren in Hohenschönhausen bis zu sechs Posten, meist Unteroffiziere und Feldwebel in der Uniform des Wachregiments, zur Kontrolle und Überwachung der Gefangenen eingesetzt. Sie glitten lautlos auf Läufern, mit denen die Kellergänge ausgelegt waren, an den Türen vorbei, sie trugen sogar übergroße Filzpantoffeln über den Schuhen, wie sie aus Museen bekannt sind. Die

Gefangenen sollten ihre Bewacher nicht hören können, wenn sie sich auf den Gängen bewegten. In Abständen von zwei bis drei Minuten erschien tagsüber ein Posten an der Zellentür und kontrollierte die Häftlinge im Zelleninneren durch einen kurzen Blick durch das Guckloch. So war es möglich, entweder ein durch Abheben und Zurückfallenlassen des Deckels erzeugtes metallisches Klicken oder ein durch Reibung des Deckels auf dem Sockel hervorgerufenes Quietschen zu erzeugen. Die gewollte Folge dieser scheinbar geringfügigen, keineswegs lauten Signale war, dass den Häftlingen im Zelleninneren, zumal in Einzelhaft, unablässig die eigene Situation ins Bewusstsein gerufen wurde. Die Wirkung dieser Technik kam einer psychologischen Einkreisung gleich. Indem sie unausgesetzt an die „Ausweglosigkeit“ ihrer Situation erinnert wurden, sollten die Häftlinge sich durch eigenes Grübeln zermürben, sich gedanklich immer wieder mit ihrem Schicksal auseinandersetzen. „Die psychische Belastung“, erinnert sich Karl Wilhelm Fricke, „die allmählich eintritt, ist enorm. Sie verstärkt sich in dem Maße, wie es dem Gefangenen nicht gelingt, seine Isolation gedanklich zu durchbrechen, sich trotz verweigerter Lektüre von Büchern oder Zeitungen geistig abzulenken, um seiner Ausweglosigkeit innerlich zu entrinnen. Zumal in Einzelhaft reduziert sich das Bewusstsein des Gefangenen auf ein bewusstes Sein als Gefangener, falls er nicht imstande ist, sich gedanklich selbst zu beschäftigen – etwa durch Memorieren auswendig gelernter Gedichte oder durch die Lösung selbstgestellter Schach- oder Skataufgaben, mit denen ich mir zu helfen vermochte.“

In Hohenschönhausen wird Fricke in Einzelhaft gehalten, hat keinen Kontakt zu Angehörigen oder einem Anwalt, weder schriftlich noch mündlich. In den Anfangswochen liegt er mit einem Mithäftling auf Zelle, einem Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei: Der wird, wie Karl Wilhelm Fricke später recherchieren kann, zwar zu sechs Jahren verurteilt, jedoch nach zwei Jahren begnadigt. Er ist ZI – Zelleninformant –, wie man in den

Fünzfzigerjahren den Zellenspitzel nennt, horcht seinen Mitgefangenen nach Strich und Faden aus und denunziert ihn.

In den neun Monaten Untersuchungshaft im Jahre 1955 hat der West-Berliner Journalist Fricke annähernd neunzig Vernehmungen, sagt über seine akademischen Lehrer prinzipiell nichts aus, die für den Vernehmer oft Trotzkiten sind – zum Beispiel das Berliner Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür von Margarete Buber-Neumann.

Mithilfe des Stasi-Mitarbeiters Kurt Rittwagen, der 1952 als Geheimer Mitarbeiter verpflichtet wird und in West-Berlin zum Einsatz kommt, kann dieser in die „feindliche Agentur“ eindringen und mithelfen, „insgesamt 30 gefährliche Agenten zu liquidieren“, wobei hier „liquidieren“ nicht automatisch das Todesurteil bedeutet, wie Karl Wilhelm Fricke sich erinnert: „Einer der ‚gefährlichen Agenten‘, die mit Rittwagens Hilfe ‚liquidiert‘ wurden (in meinem Fall in den Osten verschleppt), war ich gewesen. Doch meine Entführung bewirkte zugleich seine Enttarnung und mithin das Ende seiner Karriere als ‚Kundschafter‘ in West-Berlin. Auf seine befohlene Rückkehr in die DDR folgte jedoch keineswegs seine unverzügliche Einstellung als hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS, vielmehr dauerte sein Status als Inoffizieller Mitarbeiter bis 1956 an. Vermutlich aus Sicherheitsgründen lebte Rittwagen nach seiner Rückbeordnung unter dem Decknamen Paul-Hermann Schmid im Bezirk Prenzlauer Berg.“



Karl Wilhelm Fricke als Häftling in Bautzen II, 1959

Karl Wilhelm Fricke wird fast fünf Jahre in den Gefängnissen der DDR festgehalten. Am Anfang sieht das noch schlimmer aus: Vor dem Obersten Gerichtshof heißt es: „Der Schuldige hatte unter dem Decknamen ‚Student‘ umfangreiche Verbrechen gegen die DDR begangen! Er hatte für Kriege und Boykotte agitiert.“ Die Strafe wurde jedoch bald auf vier Jahre reduziert, die Fricke in Brandenburg und Bautzen II in Einzelhaft verbrachte. In Russland selbst gab es nach Stalins Tod und seinen schweren Verbrechen eine vergleichsweise Milde.

1959 wird Karl Wilhelm Fricke freigelassen und nach West-Berlin zurückbeordert. Von dort zieht er zunächst nach Hamburg und nimmt seine Arbeit als freischaffender Journalist und Schriftsteller wieder auf. 1970 zieht er um nach Köln und wird beim Deutschlandfunk 24 Jahre lang leitender politischer Redakteur. Aus der DDR beobachtet ihn das MfS weiter. Ein Stasi-internes Papier aus dem Jahr 1985 bemerkt: „Fricke ist beim Deutschlandfunk als Leiter der Ost-West-Redaktion tätig. In seinen Beiträgen und